

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

67 (20.3.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252774](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252774)

Norddeutsches Volksblatt.

309

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inferate: die vierspaltige Seite
10 S., bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungsliste Nr. 5069.

Organ für Vertretung
der Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Sant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei ins Haus:
vierteljährlich 2,10 Mk.
für 2 Monate 1,40 „
für 1 Monat 0,70 „
evtl. Postzuschlag.

Nr. 67.

Sant, Mittwoch den 20. März 1895.

9. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung vom Sonnabend den 16. März.

Die zweite Beratung des Etats des Reichspostamts (Extraordinarium) wird fortgesetzt.
Die Forderung für den Neubau eines Dienstgebäudes in Hest (Sant) wird.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) warnt nicht an die Kommission zurückzuweisen, da er einen solchen Antrag nach dem gestrigen Beschlusse für ausföhrlos hält.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Hess.) fragt an, ob bei diesem Bau mehr Rücksicht auf die Interessen des Verkehrs genommen worden sei, als beispielsweise in Kottbus, wo sich bald nach der Fertigstellung die Unzulänglichkeit der Telegramm-Annahmestellen erwiesen habe. Er sei nicht dagegen, daß man auch ähnlichen Interessen Rücksicht trage, aber die Verkehrsinteressen dürfen nicht darunter leiden.

Abg. Dr. Gieseler (Zentr.) erwidert dem Abg. Schmidt-Warburg, die Budgetkommission habe die Pläne und Entwürfe eines jeden Hauses sehr genau geprüft. Gewissenhafter könne keine Kommission arbeiten.

Abg. Schmidt-Warburg bemerkt, seine Demüthigung der Forderung habe sich auf das Protokoll der Kommission gestützt. Sei dasselbe mangelhaft geführt, so sei das nicht seine Schuld.

Abg. Dr. Hamacher (Ratt.) bittet den Vorsitzenden in seiner Kritik über die Art, wie die Kommission ihre Protokolle führen lasse, doch etwas mäßiger zu sein.

Die Forderung wird darauf bewilligt.

Bei dem Neubau eines Dienstgebäudes in Göttingen fragt Abg. Graf Schlieffen-Schlieffenberg (Kons.) an, ob bei diesem Bau die lokalen Handwerker der Gegend berücksichtigt werden würden.

Staatssekretär Dr. v. Stephan sagt lezteres zu, da es den allgemeinen Grundsätzen der Reichspostverwaltung durchaus entspricht.

Die Forderung wird darauf bewilligt.

Die Forderung für den Neubau eines Dienstgebäudes in Magdeburg beantragt Abg. Dr. Linsing (Zentr.) an die Budgetkommission zurückzuweisen.

Abg. Dr. v. Hecker (Zentr.) ist der Ansicht, der Bau lasse sich entwerfen einfacher gestalten und könne doch schon wirken. Die Kosten würden sich dadurch wesentlich verringern. Es scheint ihm deshalb notwendig, daß die Kommission die Bestien einer nochmaligen Prüfung unterziehe.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erklärt, er habe kein Bedenken, daß die Forderung einer erneuten Berücksichtigung in der Kommission eingesetzt werde. Er werde zu allen Auskünften gern bereit sein.

Abg. Kieck (Hess.) erkennt das Bedürfnis zu einem Neubau durchaus an, hier solle aber vermieden ein allerschöneres Gebäude, das einem hohen historischen Werth besäße, zum Opfer gebracht werden. Vielleicht lasse sich durch eine anderweitige Ausnutzung des Bauplatzes doch noch die Erhaltung des alten Hauses ermöglichen. Ansonsten ließe sich ohne große Mühe andere geeignete Bauplätze ausfindig machen.

Abg. Schmidt-Warburg (Hess.) spricht sich gegen die Zurückverweisung an die Kommission aus. Der Bau in Magdeburg sei zu bringlich, daß er jede Verzögerung der Bewilligung bedeuten würde.

Die Forderung wird darauf an die Kommission zurückzuweisen. Die Forderung für ein neues Dienstgebäude in Schwiebus beantragt die Kommission zu freieren.

Abg. Schmidt-Warburg ist über diesen Beschlus der Kom-

mission erfreut, da hier einmal die Gelegenheit wahrgenommen werde, einen zu luxuriösen Bau zu verhindern.

Die Forderung wird darauf abgelehnt.

Das Gleiche beantragt die Kommission bezüglich der Forderung zur Erweiterung eines Bauplatzes in Reg.

Der Vorsitzende im Reichspostamt Dr. Fischer behauptet, daß die Kommission die Forderung nicht bewilligt habe. Sie sei der Ansicht gewesen, der Platz sei zu theuer. Aber es werde kaum ein anderer zu finden sein, der billiger zu erwerben wäre.

Abg. Dr. Linsing bittet, es bei dem möglichen Beschlus der Kommission zu belassen.

Die Forderung wird darauf abgelehnt, der Rest des Extraordinariums dem Antrage der Kommission gemäß debattellös bewilligt.

Bei den Einnahmen, Titel: Porto und Telegraphengebühren, beantragt die Kommission folgende Resolution:

Bei Aufhebung der Einnahmen aus dem Fernsprech-Verkehr tritt aufzuführen.

Abg. Dr. Müller-Sagan beantragt nachstehende Resolution:

„Den Reichsfiskus zu ersuchen, jährlich bei Aufhebung des Etats in den Einnahmen unter Titel 1 der Einnahmen des Reichspostamts nachzuweisen, wie sich in der vorhergehenden Zeit die Einnahmen 1) aus Porto, 2) aus Telegraphengebühren, 3) aus Telegraphengebühren gestalten.“

Der Antrag der Einnahmen aus Porto und Telegraphengebühren wird zunächst entsprechend dem Vorschlage der Kommission, debattellös von 287.170.000 auf 289 Millionen Mark erhöht.

Abg. Dr. Müller-Sagan bittet sodann um Annahme der von ihm beantragten Resolution. Es sei endlich nötig, daß man einen genauen Uebersicht über die Entwicklung des Verkehrs bekomme.

Staatssekretär Dr. v. Stephan bittet, es bei der von der Kommission beantragten Resolution zu belassen. Aber er habe auch nichts gegen die Annahme der Resolution Müller, wenn er nicht genau Zahlen verlange.

Die Resolution Müller wird darauf angenommen, die von der Kommission beantragte ist damit erledigt. Der Rest des Extraordinariums wird entsprechend den Anträgen der Kommission bewilligt.

Damit ist der Postetat erledigt.

Präsident v. Lepowiz theilt mit, daß ein von Mitgliedern verschiedener Parteien gestellter schriftlicher Antrag eingegangen sei, den Abgeordneten Spahn (Zentr.) zu ermächtigen, in Angelegenheiten des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten den Vorsitz zu übernehmen.

Da niemand dem Vorschlage des Präsidenten, diesen Antrag sofort zu erledigen, widerspricht, wird derselbe ohne Weiteres angenommen.

Abg. Spahn erklärt sich zur Uebernahme der Vertretung des Präsidenten bereit.

Präsident v. Lepowiz: Meine Herren, ich danke Ihnen, daß Sie mir durch die sofortige Annahme dieses Antrages die Führung der Geschäfte wesentlich erleichtert haben.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Reichsdruckerei. Abg. Herbert (Hess.) Der Ueberschuß aus der Reichsdruckerei darf nicht etwa zu der Annahme führen, daß in derselben alles auf's Beste bestellt sei. Während es dort sehr viele fast ganz unbeschäftigte Arbeiter gibt, sind anderwärts viele Arbeiter viel zu stark belastet. Es ist ferner der Fall vorgekommen, wo einem Arbeiter gekündigt worden ist, der zur Weiterführung eingeworben war. Es scheint man also den Leuten den Dienst für das Vaterland aussetzen finden viel zu häufige Arbeiterentlassungen statt. Ich wäre bereit, Ihnen den Namen des betreffenden Mannes zu nennen. Unter den Bedingungen, unter denen Arbeiter in der Reichsdruckerei in Arbeit genommen werden, befindet sich eine, daß die Leute ge-

sund und nicht überschuldet sein dürfen, daß sie auch entlassen werden können, wenn sich später herausstellt, daß sie krank oder überschuldet sind. Nun ist es aber doch bekannt, daß die Reichsdruckerei in Folge ihrer Beschäftigung sehr häufig krankenentlassen werden. So ist denn in dieser Beziehung der Verwaltung einfach eine Handhabe zur Entlassung mitleidig gewordener Arbeiter gegeben. Auch im Allgemeinen wäre eine Herabsetzung der Arbeitsordnung für die Arbeiter der Reichsdruckerei sehr erwünscht.

Der Vorsitzende im Reichspostamt Fischer erklärt, er sei über die vom Vorsitzenden vorgebrachten Beschwerden nicht genau informiert, müsse aber die Verwaltung der Reichsdruckerei, durch frühere Erfahrungen gewarnt, entschließen und nachdrücklich gegen die ihr gemachten Vorwürfe in Schutz nehmen. Die Arbeiter seien wohl durchweg zufrieden. Entlassungen sänden höchst selten statt. Die Arbeitsordnung sei nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß festgelegt worden.

Der Etat der Reichsdruckerei wird darauf bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichspostamts.

Beim Titel „Staatssekretär“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Gasse (Ratt.)

Staatssekretär Dr. v. Stephan bezüglich des Vorgehens der Regierung von Senegal über verschiedene fremdländische Vertreter: es müsse den betroffenen Staaten überlassen bleiben, ihr Interesse wahrzunehmen. Die Annahme, daß die Werke des deutschen Betreters in Senegal mit jener Affäre im Zusammenhang stünde, sei irrig; die deutsche Regierung habe alle seine Beziehungen, die dem Vorgehen anderer Regierungen angingen.

Der Titel wird darauf bewilligt; ebenso ohne Debatte der Rest des Kapitels.

Es folgt das Kapitel: Gesandtschaften, Konsulate und Schug-

gebiete.

Beim Titel „Gesandtschaften in Athen“ fragt

Abg. Schmidt-Warburg an, welche Schritte die Regierung zum Schutze der deutschen Inhaber griechischer Staatspapiere zu thun gedente. Es herrsche unter denselben eine erhebliche große Erregung und Unruhe, denn statt in eine Goldgrube seien sie in eine wahre Zwangsgrube getrieben, und die Regierung nehme sich ihrer nicht an.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erwidert, in erster Linie müsse es Sache der Interessenten selbst sein, ihre Rechte wahrzunehmen durch Bildung von Komitees u. s. w. Die Regierung könne ihnen nur denselben Schutze gewähren, wie den im Ausland lebenden Deutschen. Wir haben das auch in diesem Falle getan, ja wir sind über den Kreis des sonst üblichen hinausgegangen. Der deutsche Gesandte in Athen hat sofort Einspruch gegen das Gesetz erhoben, durch das der Jnschluß für Ausländer herabgesetzt wurde. Trotzdem ist der Entwurf Gesetz geworden. Dagegen hat dann der Gesandte eine schriftliche Protestnote überreicht, in welcher erklärt wurde, daß das Gesetz keine für deutsche Gläubiger keine Rechtserkennung habe. Später wurden durch die Komitees, die sich in den verschiedenen Ländern gebildet hatten, Vergleichsverhandlungen eingeleitet, die aber gescheitert sind. Darauf wurde von unserten und auswärtigen Vertretern abermals eine Note überreicht, in welcher die griechische Regierung ersucht wurde, neue Verhandlungen anzuknüpfen. Diese Note wurde abgelehnt beantwortet, und nach dem Sturz des Kabinetts auch eine zweite, da sich das neue Ministerium einwillen nur als Geschäftsmann betrachten. Damit glauben wir unsere Schuldigkeit gethan zu haben, denn das Reichsamt im Moment die Jnsen nicht bezahlen kann, ist natürlich. Weitergehende Schritte würden also erfolglos sein. Das deutsche Publikum aber sollte endlich aus solchen Ereignissen eine Lehre ziehen und nicht sein Geld, um ein paar Prozent Jnsen mehr zu bekommen, in zweifelhaften ausländischen Papieren anlegen.

Abg. Schmidt-Warburg bemerkt: Leider würden die Leute

Moderne Sklavenjäger.

Roman von D. G. Her.

Nachdruck verboten.

27) Frau von Waldenburg schlug die Arme über die Brust zusammen, und ihren Gatten mit spöttischem Lächeln betrachtend, sprach sie in leisem, nervösem Tone: „Da wären wir ja wieder einmal am Ende mit unserer Weisheit und das Schicksalsgespenst der Pensionierung taucht auf uns wie vor unsern Augen auf.“

„Germinie, ich bitte Dich, spötte nicht über ernste Dinge! Die Wahlen haben die Verhältnisse mit einem Schlage geändert. In vierundzwanzig Stunden kann Alles vorüber sein.“

„Was kann vorüber sein?“

„Nun, denkst Du, daß der Reichsfiskus nach diesen Wahlen im Amt bleiben wird? Er wollte die Wahlen gegen die Aspiranten gewisser Kreise ausspielen, die bis zur allerhöchsten Stelle ihre Willen schlagen und nun sieht er diese ihm feindlichen Aspiranten durch die Wahlen getarnt zu gestützt. Das wird er nicht ertragen können; schon gestern küßte man im Ministerium davon, daß er seine Demission geben wolle. Und wenn er geht, dann gehen noch mehrere der Minister, dann ist auch meine Zukunft, meine Karriere verdoeben, denn unserer Regierung war mit der Politik des Reichsfiskus zu eng liirt, also daß sie oder ich den alten Kurs noch ferner beibehalten konnte.“

„Nun, dann ändert man eben diesen Kurs!“

„Germinie! Du weißt nicht, was Du sprichst. Meine Gesinnungen sind allzu bekannt, selbst an allerhöchster Stelle, als daß ich hoffen dürfte, unter einem veränderten Regime Minister zu werden.“

„Kann man diese Gesinnungen nicht ändern?“ Der Geheimrath fuhr zusammen, als habe ihn ein Schlag getroffen. Wie, er sollte seine Gesinnung ändern? Er, der konservativste Bureaufest? Der Beamte, der fast fünfzig Jahre lang seinen andern Gedanken gehegt, als den, seinen Vorgesetzten ein unterthäniger Diener zu sein? Er sollte seinen Prinzipien antreu werden, die in dem Glauben an die Allmacht der bürokratischen Regierung bestanden. . . o nein! Das vermochte er nicht! Das litt seine Beamtenethik nicht!

Frau v. Waldenburg lachte spöttisch auf. „So bleibt uns nur noch der Kommerzienrath Genther!“ „Das ist's ja eben! Die Rücksicht auf Genther“, erwiderte höflich der Geheimrath, „verhindert mich am freien Handeln. Oder glaubst Du, daß dieser „neue Kurs“, von dem die Blätter reden, den Plänen Genther's günstig ist? — Frage einmal an der Börse nach! Schon gestern hat er Millionen verloren.“

„Sie werden auch wieder zurückzugewinnen sein. Jedenfalls dürfen wir es nicht mit ihm verderben. Ich sehe eben seine Equipage vorfahren. Er wird mit Dir sprechen wollen. Sei klug, Waldenburg! Ich habe Dir Herbert's Zukunft geopoert, des armen Jungen, der jetzt sich da unten in Ostafrika mit den Schwarzen herumklopfen muß, aber ich verlaßte von Dir, daß Du unser Aller Zukunft, daß heißt die Zukunft Deiner Gattin und Deiner Tochter sicher stellst — auf alle Fälle. . . meiner Unterstützung wirst Du dabei fest sicher sein.“

„Sie tauscht davon, als der Diener Herrn Kommerzienrath Genther und Herrn Doktor Griesbach anmeldete.“

Der Geheimrath faßte sich gemächlich und trat den Besuchern in der gewöhnlichen vornehmen Haltung entgegen. „Bitte Nachrichten, Herr Geheimrath,“ sprach lebhaft Sigismund Genther, indem er die Hand des Herrn von

Waldenburg, welche dieser ihm nur zaghaft entgegengetreth hatte, freundschaftlich schüttelte. „Bitte Nachrichten! Da werden wir vorsichtig lauschen müssen, um nicht aufzufallen.“

„Verlieren Sie nur nicht gleich den Kopf, Herr Kommerzienrath,“ fuhr etwas heftig Doktor Griesbach dazwischen, „es wird so schlimm nicht werden.“

„Das sagen Sie, lieber Doktor, der Sie an der Börse nicht zu verlieren haben. Aber ich wage gar nicht, an die Ultimo-Regulirungen zu denken.“

„Von denen ist jetzt noch nicht die Rede! Sie werden sich schon herauswickeln — hier lächelte Sigismund Genther schau und geschmeichelt — „nichtigen falls sitzen Sie die Depots heraus.“

„Still, um Gotteswillen, Doktor! Sprechen Sie so etwas nicht laut aus.“

„Ja, dann wollen wir es uns denken! — Aber, Herr Geheimrath, die Situation ist in der That ernst und wir sind zu Ihnen gekommen, um über die Stimmung in den Regierungskreisen etwas Näheres zu erfahren.“

„Ja, meine Herren,“ sprach der Geheimrath, und seine Haltung ward noch keiser als gewöhnlich, obgleich seine Stimme leise stürzte, „die Stimmung ist nicht sehr zu rühmen. Der Reichsfiskus ist sehr über Laune, man spricht sogar von einem Zerwürfniß zwischen ihm und dem Kaiser betrefis der sozialen Fragen, ja, man sieht die Möglichkeit ins Auge, daß der Kanzler seine Demission geben werde.“

„Alle Wetter!“

„Griesbach war doch etwas klug geworden. Das hatte er nicht erwartet. Blüthnell jagten sich die Gedanken in seinem Geiste.“

(Fortsetzung folgt.)

durch den niedrigen Zinssatz unserer Staatspapiere genötigt, ihr Geld in ausländischen Papieren anzulegen.
 Abg. Graf v. Moltke (Kons.) führt zur Unterstützung der Gesandten an, daß die Gesandten, indem es sich um die Besetzung der Stellen handelt, nicht nur auf die Qualität der Bewerber, sondern auch auf die Herkunft derselben Rücksicht nehmen sollte. Die Besetzung der Stellen sollte nicht nur auf die Qualität der Bewerber, sondern auch auf die Herkunft derselben Rücksicht nehmen sollte. Die Besetzung der Stellen sollte nicht nur auf die Qualität der Bewerber, sondern auch auf die Herkunft derselben Rücksicht nehmen sollte.

Abg. Graf v. Moltke (Kons.) hält es für notwendig, daß die Gesandten ausländischer Papiere erwogen werden. Das sei mit ein Zweck der Reformen, die heute noch immer nicht an das Haus gelangt sei.

Der Titel wird darauf bewilligt.
 Zur veranschaulichenden Aufstellung landwirtschaftlicher Sachverhältnisse an die größten Flächen werden 75 000 Mk. neu genehmigt.

Abg. v. Salis (Kons.) beantragte, an Stelle des Wortes „landwirtschaftlicher Sachverhältnisse“ zu setzen „land- und forstwirtschaftlicher Sachverhältnisse“.

Die Kommission beantragte an Stelle des Wortes „Aufstellung“ das Wort „Entscheidung“ zu setzen, um damit auszudrücken, daß die Sachverhältnisse nur periodisch den Kommissionen beigegeben werden sollen.

Abg. v. Salis (Kons.) spricht sich gegen den Antrag der Kommission aus, da die periodische Entscheidung wenig Nutzen bringen könne. Im übrigen bittet er um Annahme seines Antrages.

Abg. Graf v. Moltke (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Abg. v. Salis (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Abg. v. Salis (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Abg. v. Salis (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Abg. v. Salis (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Abg. v. Salis (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Abg. v. Salis (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Abg. v. Salis (Kons.) bittet, vor allem nach den übersehbaren Dingen derartige Sachverhältnisse zu entscheiden.

Politische Rundschau.

Baut, den 19. März.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde der Kolonial-Etat beraten. Abg. Richter griff sehr wirkungsvoll die Verwaltung in den Kolonien an, besonders die militärische Seite und gedenkte die Lage in Afrika sehr treffend, indem er sagte, daß man in Afrika viel sicherer sei als noch die Kräfte der Natur, die in den Händen der Kolonialverwaltung liegen. Nicht minder zutreffend war der Hinweis, daß man dem Reichstage zumutete Millionen für Afrika zu bewilligen, während man die 200 000 Mk. nicht ausfinden konnte, um das Gehalt der Landbesitzer auf das Maximum von 1000 Mark zu bringen. Nach Richter sprachen noch Graf v. Moltke und Prinz Auerberg, die im Allgemeinen die Kolonialpolitik in Schutz nahmen.

Abg. Richter kritisierte sozialdemokratische Seite die Verwaltung. Er meinte die Kolonien befänden sich in einem traurigen wirtschaftlichen Zustand. Die Behandlung der Eingeborenen seitens der jungen Offiziere sei eine total falsche und führe naturgemäß zu Meutereien. Die Verwaltung kam nicht zu Ende und wird heute fortgesetzt.

Verteuerungsrat wäre der richtige Name für den sogenannten Staatsrat. Nach dem Reichs-Anzeiger beschäftigen diese fahrbare Körperlichkeit sich bisher 1) mit Maßregeln zur Hebung des Getreidepreises alias Broderteuerung; 2) mit Maßregeln zur Hebung des Spirituspreises alias Schnapserteuerung; 3) mit Maßregeln zur Hebung des Zuckerpreises alias Zuckererteuerung. Sonst vorläufig mit nichts. Für den Anfang genügt das aber. — Das Volk, welches sich ärgert, daß der Antrag nicht Anzettel und Fall angenommen wurde, erinnert daran, daß Bismarck im Jahre 1854 den Staatsrat, die Quintessenz aller der Thorheit und Bosheit, die man in Preußen unter dem Worte Geheimrat verheißt, genannt hat.

Die Kanigianer haben Recht. Die Zahl der Unterschriften für den Getreidemonopol-Antrag hat sich um 6 vermindert. Der jetzt zur Beilegung im Reichstage gelangte Antrag zählt nicht 103, sondern 97 Unterschriften. Sechs Namen haben ihre Unterschrift zurückgezogen. Uebrig geblieben sind aus den Reihen der Polen nur die Unterschriften von Dr. v. Komitowski und Graf v. Killek. Nicht ein Viertel des Reichstages hat also den Antrag unterzeichnet, trotzdem derselbe wochenlang zirkuliert hat. Unterzeichnet haben sämtliche Konservativen mit Ausnahme der Herren v. Loeperow und Graf v. Schlieffen, Johann sämtliche Antisemiten mit Ausnahme von Bödel und Kildwardt, die Hälfte der Freikonservern, 2 Polen, 8 konservativen und zum bayerischen Bauernbund gehörige Wäldner, 1 einziger Nationalist, der Abg. v. Schwerdtfeger (2. Braunhau). Von denjenigen Abgeordneten, welche im April 1894 gegen den Antrag stimmten, haben denselben nur zwei unterzeichnet.

Zur Bekämpfung des „unlauteren Wettbewerbs“ hat der deutsche Wertmeister-Verein eine Petition an den Bundesrat gerichtet, die auspricht, daß die in § 7 aufgeführten Grundzüge, wonach die Wettbewerbs- oder anderweitige Verwertung von Geschäfts- oder Betriebs-

geheimnissen mit Geldstrafe oder Gefängnis belegt werden soll, im Angelegenheiten Arbeiter oder Lehrling nicht den Urheber treffen wird, sondern meistens ungeschädigte Personen, sowie, daß die ungenaue Fassung dieses Paragraphen zu unendlichen Mißbräuchen gegen Angehörige der Veranlassung geben wird und deren ohnehin sehr erworbene Erwerbsverhältnisse noch bedeutend bedrücken und unwilligen Verhältnissen Thür und Thor geöffnet wird, weil es nicht möglich sein dürfte, den Begriff „Betriebsgeheimnisse“ so zu definieren, daß der Strafrichter solche selbst zu unterscheiden vermag.

Die Märzfeier verlief in Berlin nach den Zeitungsberichten sehr ruhig. An den Gräbern der Märzgefallenen herrschte schon am frühen Morgen reges Leben. Bis 9 Uhr waren etwa 150 Kränze niedergelegt. Die Polizei verbot alle Schleißen mit Inschriften politischen Inhalts und schritt sie einfach ab. Von einem Kranz der Arbeiter der Anhaltischen Maschinenfabrik, der die Inschrift trug: „Den Toten zur Ehre, den Lebenden zur Lehre und Nachahmung“ wurden die letzten beiden Worte abgeschnitten. Die Polizei war wie gewöhnlich an diesem Tage in außerordentlicher Stärke aufgestellt.

Konfiskiert worden ist die von Hans Baack herausgegebene rote Märznummer. In der Handhabung des „Vorwärts“ felsen der hausdurchsuchenden Polizei nur 75 Exemplare zum Opfer.

Eine Hausdurchsuchung wurde dieser Tage in der Redaktion der „Mainzer Volksstimme“ vorgenommen. Gesucht wurde nach dem Manuskript eines Artikels aus Darmstadt in der Nummer vom 3. März, die Mißhandlung eines Arrestanten betreffen. Gefunden wurde nichts.

Das Zentrum hat zwei seiner bekanntesten Parlamentarier verloren. Am Sonntag, 17. März, starb der Freiherr v. Schorlemer-Meer, der weithin bekannte Bauernkönig und ein schmerzlicher Mißkämpfer Windthorst während der Kulturkampfperiode im Reichstag. Der andere ist der allerdings weniger vortreffliche bekannte Graf v. Schallha. Reichs- und Landtagsabgeordneter. Schallha war noch mehr Junker als Schorlemer und ein Hochschätzung ohne Begabung.

Wie man in Sachen Sozialisten verurteilt. Aus Jüdau wird geschrieben: Dem Weber Camera aus Oberhessen, der kürzlich von der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts in geheimer Sitzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, legte die Anklage zur Last, daß er in einer Zeitungs-Verammlung, die Anfang Dezember auf der „Reise“ in Hohenheim stattgefunden, gelegentlich der Besprechung der kaiserlichen Erlasse gedächelt habe, „der Kaiser könne die Erlasse nicht durchführen, wenn er auch den guten Willen habe, denn er sei der Spielball (oder das Spielzeug) der herrschenden Klasse“, dies sei eine Majestätsbeleidigung; weiter soll v. aus eine Beleidigung im Sinne des § 185 und 186 begangen haben, indem er dem Fabrikinspektor Schiffer in Jüdau und seinem Adjunkten Müller nachgeredet, daß sie die Albertische Fabrik in Hohenheim-Grünthal ungenügend revidierten, und im Komptoir zuvor erst eine Flasche Wein tranken, welche ihnen der Fabrikherr freubene. Das konnte der Angeklagte allerdings nicht weihen und Schiffer mit Müller, die als Zeuge geladen waren, stellten es in Abrede, sie behaupteten überdies, die Fabriken alle ordentlich zu revidieren. Der Angeklagte wurde nun wegen der letzteren Beleidigung zu 8 Monaten und wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, beide Urteile aber zu einer Gesamtsstrafe von 1 Jahr Gefängnis zusammengezogen. Die seit dem 12. Januar währende Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet. v. meldete sich sofort zum Strafantritt, um die Untersuchungshaft nicht länger hinauszuziehen.

Der Bismarckbettel im Lande treibt saubere Bläthen. Nach einer Zuspätkommen an die oberhessische „Gaz. v. Jüdau“ ging in einem polnischen Dorfe der Lehrer (!) von Haus zu Haus und bat um ein kleines Opfer für den kaiserlichen Bismarck, indem er vortrug, daß die Gabe für die Wästen der auf der „Elbe“ Untergegangenen bestimmt sein soll. Im Allgemeinen soll das polnische Volk in vielen Gemeinden Oberhessens in dieser Weise um ein kleines Opfer angegangen worden sein.

Die Bismarckspende aus Württemberg. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Zum 70. Geburtstag Bismarcks wurde bekanntlich die Bismarckspende gesammelt. Aus Württemberg wurden 80 000 Mk. beigezeichnet, die angeht die Genträufungsbüro in Württemberg — viele Spender verlangten ihr Geld zurück — nicht mit zum Ankauf des Gutes Schönhauken verwendet werden konnten, sondern zu besonderer Verwendung, zur Unterstützung von Lehrlingen, zu historischen Studien und hauptsächlich zu Studienreisen ausgeschieden wurden. Ueber das Schicksal dieser Gelder schreibt nun der „Vorwärts“: „Die württembergische Spende trug seither nach Abzug der Verwaltungskosten mindestens 2500 Mk. Jahreszinsen. Man hat aber in den zehn Jahren des Bestehens dieses Spendentheils nur von einer einzigen Unterstützung mit 1000 Mk. etwas gehört. Wo sind nun die übrigen 24 000 Mk. hingelommen? Da die Sammlung eine öffentliche war, da sie zu „öffentlichen Zwecken“ erfolgte, da vor zehn Jahren schon eigenmächtig und entgegen der öffentlichen Zufolge aber die gesammelten Mittel veräußert wurde, ist man zu vorübergehender Anfrage wohl vollaus berechtigt.“ — Die verlangte Auskunft wird hoffentlich nicht auf sich warten lassen, sagt die „Frankf. Ztg.“ bei. Wir möchten ihr den Rath geben, sich das Warten auf die Antwort nicht verdrängen zu lassen.

Sozialismus. Die Revision der Verfassung, umfassend die Verfassungsinitiative, Wahlen nach Proportionalität und die Finanzreform, ist mit 8342 gegen 2777 Stimmen angenommen worden.

Frankreich.

Paris, 16. März. Die französische Kammer beendet am Donnerstag die Beratung des Finanzbudgets. Bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums beantragte Sembat (Sozialist) die Einführung einer Kapitalsteuer, um eine Altersvorsorgekasse für Arbeiter zu schaffen. Nachdem Ministerpräsident Ribot den Antrag bekämpft, wurde er mit 296 gegen 216 Stimmen abgelehnt. — Prof. Jaurès (Sozialist) beantragte die Ablehnung des Budgets zur Deduktion der Ausgaben für den Senat und hob die Notwendigkeit dieser demokratischen Reform hervor. Jaurès führte er aus, der Senat habe den Gesetzgebungswort der Arbeiter-Syndikate abgelehnt; alle Syndikate würden sich deshalb erheben und den Kampf aufnehmen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Ribot beschuldigte Jaurès, daß er Drohungen gegen das Parlament und die Regierung ausgesprochen habe. Der Antrag wurde mit 410 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantwortete Sembat die beschleunigte Erhaltung des Budgets über den Antrag, betreffend die Revision der Verfassung. Die Kammer beschloß, den Antrag nach der ordentlichen Reihenfolge auf die Tagesordnung zu legen.

Belgien.

Brüssel, 18. März. Die Regierung scheint sich bei der Durchführung des Planes, ein reaktionäres Gemeindeverfassungsgesetz einzuführen, auf die Bonjante stützen zu wollen. Wenigstens hat der Ministerpräsident beschlossen, dem bevorstehenden allgemeinen Ausbruch den schärfsten Widerstand zu leisten und am 1. April zwei Referendums einzubringen.

Uitland, 18. März. Der angelegte russische Baron Jagostowski (Polizeianwalt Sternberg) wurde wegen Theilnahme an einem Komplott zur Entwendung von Dynamit zwecks Herstellung von Sprenggeschossen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Spanien.

Madrid, 17. März. In den letzten Nächten brangen 300 Offiziere in die Redaktionen der Zeitungen „Globo“, „El Resumen“ und „Heroldo“, wo sie Alles demolirten und die Redakteure mißhandelten. Die Polizei war ohnmächtig, dem Uebel zu steuern und mußte der Gouverneur von Madrid Hilfe stützen und zahlreiche Offiziere verhaften lassen. Dieser Fall von unerhörter Selbstjustiz hat den Rücktritt des Ministeriums zur Folge gehabt. In der letzten Kammerung kam der Fall zur Sprache und hat der Kriegsminister Mißbilligungen gegen die Presse erhoben. Darauf verließen nicht nur sämtliche Vertreter der Presse die Kammer, sondern auch des Kriegsministers Kollegen nahmen Stellung gegen ihn. Das Entlassungsgesetz des Ministeriums, das der Ministerpräsident überreichte, wurde von der Königin-Regentin angenommen. Die Ausfertigungen der Offiziere sind darauf zurückzuführen, daß das Blatt „El Resumen“ einen Artikel über den Kaufhand in Cuba veröffentlicht hat, in welchem behauptet wurde, die jungen Rekruten, die nach Cuba eingeschickt worden, hätten keine Lust, gegen die Aufständischen zu kämpfen, entsprechend ihrer republikanischen Gesinnung.

Die Fortschritte, welche nach der Regierungspresse in der Unternehmung der ausländischen Subanen gemacht werden, scheinen recht zweifelhafter Natur zu sein, denn die Insurgenten haben eine provisorische Regierung eingerichtet und öffentliche Gewalten organisiert.

Brasilien.

Rio de Janeiro, 16. März. Gestern brach in der hiesigen Militärschule eine Meuterei aus, die aber bald durch herbeigerufenen Militär unterdrückt wurde. Die Schule, welche gegen 800 Kadetten und Studenten zählt, wurde bis zum Rat geschlossen. Die Meuterei ist eine Folge politischer Intrigen gegen die Regierung. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Aus Stadt und Land.

Baut, 19. März. Unbunt ist der Welt Lohn. In der Zeit, als man die Sozialdemokratie mit geistigen Waffen bekämpfen wollte und zu vernichten gedachte, hat auch in Oldenburg ein Mann und zwar ein Lehrer dem Drang nicht widerstehen können, die Sozialdemokratie zu vernichten und die geistigste Gesellschaft von dem rothen Gespenst zu befreien, indem er ein Buch schrieb mit dem Titel: „Unter der rothen Fahne“. Der Verleger und seine Verketzranten schrieben dem Buch geradezu eine wunderthätige Wirkung zu und sangen das Lob des Verfassers, der sich ein unsterbliches Verdienst um die bürgerliche Gesellschaft erworben habe. Wir fanden das Buch gar nicht für die Sozialdemokratie gefährlich. War es doch von der Gattung der Richterlichen Irrlehren, nur eine andere Nummer. Läßt man aber den Ruch noch die letzte Schmach, die ihm das Buch gebracht, überlebt. Es wurden an das Bürgerthum, für das es sich die Finger lahm geschrieben, nur ein paar Exemplare abgesetzt. Mit dem großen Rest blieb der Verleger sitzen. Wenn dem Spielbürger die Polizei und der Staatsanwalt die „Roth“ mit einem Unkurzweg vom Hals zu halten gedankt, was soll er sich da noch den Kopf zerbrechen mit der bürgerlichen Gelehrsamkeit? Wie kann man ihm auch zumuthen, zu denken? Das thut ja doch die „Nachrichten“ und der „Gemeinnützige“ für ihn! — Und das genügt. Was braucht er also weiter Bücher und Lesbares im Hause, als ein Leihblatt, Bibel, Gesangbuch und ein Spiel Karten zum Elat. So denkt das Bürgerthum; sonst ist folgender Roth- und Jammerruf, den der Verleger anhört, nicht erklärlich. Er läßt nämlich in den „Nachr.“, St. u. L.“ schreiben:

„Von Lehrern „Unter der rothen Fahne“ sind, wie wir mit Bedauern hören, eine große Anzahl von Exemplaren bislang unverkauft geblieben. Wir wollen

nicht versehen, das Buch Jedem zum Ankauf vorzuschlagen, der seine Bücherammlung um ein hochinteressantes und reiches Werk vermehren will. Es war der Schwangelang des Verfassers, der vor reichlich einem Jahre zur letzten Ruhe einging. Es ist ihm in demselben gelungen, die Sozialdemokratie in ihrer Gehaltlosigkeit darzustellen. Möge noch Mancher „Mutter der roten Fahne“ seiner Bitterkeit einverleiben.

Das also, tochter Daphne, ist der Dank der Nachwelt. Nicht doch — Deiner Mitarbeiter im Leben, für welche Du die Sozialdemokratie nur allein bekämpfst. Noch nicht einmal laufen sie Dein Werk, obgleich es doch billiger als ein verlorenes St. lehrreich, vergnüglich und wunderbar zu lesen ist. Bist Du noch am Leben und müdest von dieser Schriftstellerei leben, die Klasse, für die Du geschrieben — sie ließe Dich verzweifeln. Ein Glück, daß der Betreuer nicht zu hungern braucht; aber arm kann er werden, darum auf, Ihr Epistler, laßt Bücher, laßt Bücher!

Vant, 19. März. Am Donnerstag Abend findet in Eilers Gasthaus an der Wallstraße eine Generalsammlung der Ortskrankenkasse der vereinigten Gewerke statt, in welcher neben anderen wichtigen Dingen die Erhöhung der Beiträge und die Herabsetzung der Krankenunterstützung beschlossen werden soll. Diese Gegenstände der Tagesordnung sind gewiss wichtig genug, die bisher recht saumfällige Mehrzahl der Vertreter sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber zum Erscheinen zu bestimmen.

Wilhelmsbuden, 19. März. In der auf gestern Abend nach dem H. Rathhause saale einberufenen öffentlichen Sitzung des Bürger-Vorleser-Kollegiums, an welcher sämtliche Bürger-Vorleser, mit Ausnahme des Herrn Becker, teilnahmen, wurde Nachsichtendes verhandelt und beschlossen. Punkt 1 wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die Protokolle über die Revisionen der Räumerei- und Sparskassen nicht zur Stelle waren. Punkt 2, Fälligkeit, rief abermals eine längere Debatte hervor. Inzwischen nimmt das Kollegium von einem Schreiben des Magistrats Kenntnis, in welchem dieser den abgehenden Beisitz des Großherzogl. Staatsministeriums vom 4. März d. J., betr. die Errichtung der Anstalt auf dem Epitthum in der Gemeinde Vant, mitteilt. Die Errichtung habe, so führt das Ministerium aus, auf Grund des rechtlich erhobenen Protestes des Gemeinde-Vorstandes abgelehnt werden müssen und sei diesbezüglich das Großherzogliche Amt Jever mit Anweisung versehen. Der Magistrat hat nun beschlossen, die Abfuhr der Fälligkeit dem Fußunternehmer Scherker, die Tonne zu 35 W., auf die Dauer

von 5 Jahren zu übertragen und ersucht das Kollegium um Zustimmung seines Beschlusses. H. B. Thaden hat hierzu beantragt, solle sich während dieses Zeitraumes eine geeignete Abfuhr Feuerfälligkeit lassen, die Stadt sich das Recht vorbehalte, den Vertrag mit Scherker aufzuheben. Dieser Antrag wird nach längerer Debatte abgelehnt und der Magistratsantrag mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen. In den Kreis der Erörterung wird auch die mangelhafte Straßenreinigung gezogen. Zu Punkt 3 ersucht die Wilhelmsbuden Spar- und Baugesellschaft, unter Darlegung von Gründen, nochmals um die Genehmigung zur Anlage einer Straße von 12 m Breite auf dem Katharinenfelde. Während der Magistrat sich f. B. für die Anlage der Straße in dieser Breite ausgesprochen, hat das Kollegium sich ablehnend verhalten, weil die angegebene Breite eine ungenügende sei. Auch in dieser Sitzung ist das Kollegium wohl für die Anlage der Straße, beharrt aber auf seinem früheren Standpunkt, daß die Straße eine Mindestbreite von 15 m haben müsse. Es sei dies ein Gebot in sanitärer Hinsicht und dürfe man sich nicht auf bestehende Straßen berufen, die vielleicht nicht die entsprechende Breite hätten. Wollte man den Fortschritt, so müsse man sich halten, begangene Fehler wieder zu begehen. Herr B. B. Buß bringt die neu anzulegenden Straßen auf der Heideschen Ruhweide zur Sprache, die doch auch nur in der Breite von 12 m angelegt würden. Demgegenüber wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß bei diesen Straßen der große, geräumige Marktplatz in Betracht käme, mithin der Vergleich hinfalle. Das Kollegium beschließt denn auch mit großer Mehrheit, bei seinem früheren Beschlusse zu beharren. Zu Punkt 4 theilt der 2. Vorleser, Herr Kuhlmann, der für diesen Punkt den Vortrag übernommen hat, ein Schreiben eines Kapitän, Paul Frier in Elbing, mit, in welchem sich dieser erbötig erklärt, eine Dampfer-Verbindung nach der Nordsee-Inseln einzurichten, wenn ihm die Dampfer-Verbindung Wilhelmsbuden - Schwabberhöhe übergeben würde. Diese Angelegenheit wird auf Antrag Buß einer fänglichen Kommission übergeben, die gemeinsam mit dem Magistrat die Sache a tempo zu fördern und, wenn möglich, zum baldigen Abschluß zu bringen hat. Gemäßt in diese Kommission werden die Herren Buß, Heise, Witter, Transchel und Kuhlmann. Im Vergebenen theilt der Vorleser mit, daß der Diemardklaus der Stadt 200 M. kosten wird. Das Geld soll der Räumereikasse entnommen und an einem Kommer in „Burg Hohenzollern“ am 30. März verordnet werden. Das Kollegium stimmt mit Ausnahme des Herrn Carlisch,

dem Beschlusse des Magistrats zu. Ferner bringt Herr Bürger-Vorleser J. B. noch zur Sprache, daß der Konfess zur Errichtung der elektrischen Anlage seitens des Magistrats nicht erteilt sei. Das Ganze dürfte nichts weiter als eine Hinausschiebung der Verwirklichung des Projekts bedeuten, da das Kollegium der Stadtseitig zu errichtenden elektrischen Anlage wahrscheinlich doch nicht zustimmen könne. Nachdem Johann der Bürger-Vorleser, Witter verschiedene Mängel des Fahrplans für den künftigen Dampfbus beleuchtet und diese Mängelstellen der Dampfkommission zur Abklärung überwiesen wurden, erfolgte Schluß der Sitzung.

Oldenburg, 18. März. Von den Stadtmagistraten in Jever, Barel und Gutin ist an den Landtag folgende Petition gerichtet worden: Der Landtag wolle thunlichst dahin wirken, daß den mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten der Städte 1. Klasse des Herzogthums Oldenburg und der Stadt Gutin baldmöglichst eine Wittwenversorgung, sei es zu Lasten der Städte oder der Landeskasse, beschaffen wird durch Anschluß an die Beamtenwittwenkasse verschafft werde, und zwar vom 1. Januar 1894 an, einzuweisen aber die verheirateten Bürgermeister der Städte 1. Klasse des Herzogthums Oldenburg und der Stadt Gutin als Pensionsberechtigten der Beamtenwittwenkasse anerkannt werden.

Oldenburg, 18. März. Der Schriftführer des Landtages, Herr Weber, macht bekannt, daß die Protokolle und Berichte über die Verhandlungen der 2. Versammlung des 25. Landtages des Großherzogthums Oldenburg nebst den Anlagen derselben durch alle kaiserlichen Postanstalten im Herzogthum und von dem Landtags-Registrator Rogbe in Oldenburg bezogen werden können.

Bermischtes.

— Großes Grubenunglück. In dem Herzog Albrecht'schen Schachte „Hohenecker“ bei Troppau, fand am Sonnabend früh ein Explosions-schlagender Wetter statt. Von der 280 Mann starken Besatzung sind bis jetzt 100 Mann herausbefördert. Die Verletzungen der bisher herausbeförderten sind leicht. Nach der Freimachung der Schale wurden weitere 10 Mann gefördert, welche erzählten, daß am Fußorte 60 Mann auf die Ausfahrt warteten und daß im Schachte einige Leichen lagen. Das Schicksal der übrigen im Schachte befindlichen Arbeiter ist noch unbekannt, da ein Vordringen bis zu dem betreffenden Horizonte unmöglich ist. Ein Brand ist nicht entstanden. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Bekanntmachung.

Die Verteilungslisten:

1. einer Gemeindevorlage vom Grundbesitz pro Mai 1894/95 in Höhe von 5 M. 30 Pf. pro Vektor,
2. einer Armenumlage pro zweites Semester 1894/95 in Höhe von 40 Prozent der Einkommensteuer liegen vom 18. d. M. an auf 14 Tage in Sachstücken des Wirtshaus zur Einsicht der Beteiligten öffentlich aus.

Etwaige Erinnerungen gegen die Höhe der Anlässe sind innerhalb dieser Frist bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Deppens, den 16. März 1895.
Der Gemeindevorsteher.
Athen.

Verkauf.

Der Viehhändler F. Husemann zu Jever läßt am

Donnerstag den 21. d. M. Nachmittags 2 Uhr anfangen in der Behausung des Wirtsh. B. Wiererts zu Sedan

ca. 100 Stück große und kleine Schweine

(bester Race)

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 18. März 1895.

H. Gerdes,
Auktionator.

Verkauf.

Im Auftrage des Amtsvorstandes werde ich die an der Wilhelmsbuden Straße zu Vant stehende

Cholerabaracke

und die Isolirbaracke zum Abbruch, sowie das Inventar derselben, nämlich: 3 eiserne Bettstellen mit Strohsäcken und eine Hängelampe

an Ort und Stelle am

Mittwoch den 27. d. M.

Nachmittags 4 Uhr mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 18. März 1895.

H. Gerdes,
Auktionator.

Als vorzügliches

Krankenwein

für Kinder und Erwachsene empfehle meinen selbstabgezogenen

Samos (Auslese)

per ganze Weinflasche nur 1 M. 60 Pf. (exklusive Flasche).

Johannes Arndt, Bant.

Verkauf.

Im Auftrage des Amtsvorstandes werde ich die zu Deppens stehende

Cholerabaracke

zum Abbruch, sowie das Inventar derselben, 3 Tische, 4 Stühle, 2 eiserne Bettstellen, 4 wollene Schlafdecken, auch ca. 100 Meter Riechholz

an Ort und Stelle am

Freitag den 29. d. M.

Nachmittags 4 Uhr mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 18. März 1895.

H. Gerdes,
Auktionator.

Danksagung.

Meinen lebenswürdigen Nachbarn meinen verbindlichsten Dank für ihre aufopfernde Mühe, mich in jeder Art zu schädigen. Ich wünsche ihnen auch ferner so viel Glück in ihrem Gebahren, als wie bisher.

Chr. Bussie
in Schaar.

Auktion.

Carl Lange Wittwe bei Deidmühle läßt wegen Wegzugs am

Montag den 25. ds. Mts.

Nachmittags 1 Uhr anfangen in ihrer Wohnung mit Zahlungsfrist meistbietend verkaufen:

ein traktiertes Schaf, zwei Ziegen, worunter eine traktierte,

1 mahagoni Kleiderständer, 1 Sopha, 2 Sophas, 2 andere Tische, 1 Spiegel, 1 Schreibpult, 1 Nähmaschine, 1 Kettenstichmaschine, 1 Rippborte, 1 amerikanische Wanduhr, 1 Waschtisch, 1 Hängelampe, 1 Tischlampe, verschiedene große Schilde, eiserne und irdene Töpfe, Blech- und Messinggeräte, Trommen und sonstige Haus- und Küchengeräte aller Art, verschiedene etwas getragene Manns-Kleidungsstücke und was sich weiter vorfinden wird.

Ferner kommen noch zum Verkaufe: 20 Stück Manns- u. Frauen-Anzüge, verschiedene Kinder-Anzüge, einzelne Dosen, drei neue Gardinen und drei Mille Cigarren.

Kaufliebhaber werden eingeladen.

Jever, 18. März 1895.

A. Tiemens.

Gesucht

ein zuverlässiger Bau- u. Möbelfachler.
Th. Jaussens, Sengwarden.

Wer ein gutes Bett

Vertrauen entgegen bringen; wir würden dieses Vertrauen, welches wir uns im Laufe der Zeit durch unsere Reklamtät erworben haben,

Wir bleiben bei unserem alten Prinzip:



kaufen will, findet in unserer Ausstellung fertiger Betten stets eine große Auswahl. Schundwaare, wie dieselbe häufig in den Zeitungen angeboten wird, liefern wir nicht, da sich dieses nicht mit unserem Grundsatz: nur gebiegene Waaren zu führen, vereinigen läßt. Beim Einkauf von Betten muß man dem Kaufmann ein gewisses Vortheile finden, in denen der große Umsatz das billige Einkaufen von Waare ermöglicht.

Wulf & Brandtsen.

Neues Etablissement

M. KarielGrößtes Spezial-Geschäft
für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung

Arbeitszeuge

sowie sämtliche Herren-Bedarfsartikel

Wilhelmshaven

1 Neue Wilhelmsh. Str. 1

Stadttheil Neubremen

Der Verkauf geschieht zu unerreicht niedrigen, jedoch streng festen Preisen.

empfiehlt nach Eingang sämtlicher

Neuheiten für die Frühjahrs-Saisonin eleganten Façons, solider Verarbeitung
und größter Auswahl:**kompl. Jacket- u. Rock-Anzüge**
von 14 bis 48 Mark.

Frühjahrs- u. Sommer-Paletots in allen Modifarben 11 bis 30 Mk.

**Konfirmanden-Anzüge** in eleganter
Verarbeitung.
8,50, 12, 16, 19, 21, 23,50, 26,50, 28,50Buckskin- u. Kammgarn-
Hosen
3, 4,50, 4,80, 6, 7,80.Knaben-Anzüge und
Paletots
2,50 bis 10,00.Anfertigung nach Maass
unter Garantie für
guten Sitz.**H. Janßen, Schneidermeister**Empfehle meine Muster-Kollektion für Frühjahr und Sommer für Herren-Garderobe nach Maass.
Für eleganten und bequemen Sitz leiste Garantie.**Neue Wilhelmshavener Straße 68**

(im Hause des Herrn Restaurateur Jürgens).

Billige Preisstellung.

**Waaren-Haus
B. H. Bührmann.**Für Konfirmandinnen
empfehle:
Regen-Mäntel
von 4,50 Mk. an.**Jackets**
von 2 Mk. an
in nur allerneuesten Façons.Meine Spezial-Abtheilung
für
Damen-Konfektion
bietet unbedingt die größte
Auswahl am Platze!**Gemüse-Sämereien,
Pflanzbohnen**
in frischer, keimfähiger Waare,
empfiehlt die
Drogerie z. Rothenkrenz,
Werktstraße 10.**Waarenhaus
B. H. Bührmann.****Baumwoll. karrierte
Bettzeuge**
starkfädige Hausmacherwaare
gute, dauerhafte Qualität
Meter 25 Pf.**Geschäfts-Verlegung.**

Am 1. Mai verlege ich mein Geschäft nach

Neue Wilhelmshavener Straße 2

(schräg über der Grenzstraße)

und verkaufe des Umzugs halber von jetzt ab **sämtliche Waaren**
zu **herabgesetzten Preisen.****Reparaturen** jeder Art an Taschen- und Wand-Uhren werden
unter Garantie gut und billig ausgeführt.**E. Schmidt, Uhrmacher,**
Neue Wilhelmshavener Straße 9.**4 Wochen**nur noch dauert der
**berühmte, im Leben
nie wiederkehrende
gänzliche Ausverkauf**
wegen Aufgabe des
Geschäfts zu Tax-
und Auktionspreisen.Jetzt heißt es aufpassen
für diejenigen, welche noch
Bedarf an Herren- und
Knaben-Garderoben, Nor-
malwäsche u. Schuhwaaren
haben, denn es kann ein
Menschenalter darüber hin-
weggehen, bis ein der-
artiger Ausverkauf wieder
vorkommt.**Waarenhaus für
Gelegenheits-Käufe**
Marktstraße 25.**Zurückgesetzt!
Ein Posten einzelner
Bettdecken**
weiß und farbig.
Wulf & Francksen.**Inlet-Beste**
für Unter- u. Oberbetten
werden billig abgegeben.
Wulf & Francksen.**Waarenhaus
B. H. Bührmann.****Seidentuche**
pr. Meter 15 Pf.
in starkfädiger,
schwerer Qualität.**Zurückgesetzt!
Ein Posten
Tischdecken**
etwas ältere Muster
bedeutend unter Preis!
Wulf & Francksen.**Allgemeine Ortskrankenkasse**Die Beiträge der 3. Hebung (Febr.
24. bis März 23) sind bis zum 23. März
zu entrichten.Laut Beschluß der Generalversamm-
lung vom 14. d. Mts. werden von jetzt
an Mahngebühren erhoben: für ein Mit-
glied 10 Pfg., für jedes fernere Mitglied
bei demselben Arbeitgeber 5 Pfg. Für
nach dem Fälligkeitstage an die Kasse ge-
zahlten Beiträge 5 Pfg. pro Mitglied.**A. H. Cerken,**
Vorstand.**Es sind noch
Gardinen-Beste**
sowie
abgepackte Gardinen
(Muster voriger Saison)
vorrätig,
welche billig verkauft werden.
Wulf & Francksen.**Geräucherte Mettwurst**

5 Pfund 3 Mark.

Roth- und Leberwurst

5 Pfund 1,75 Mark

empfiehlt **E. Vanger, Neustr. 10.****Zu vermieten**

eine möblierte Stube. Grenzstr. 44 u. l.

Logis für 1 oder 2 junge Leute

Grenzstraße 68, oben links.

Codes-Anzeige.Heute Morgen 5 Uhr verschied
nach kurzer heftiger Krankheit mein
innigstgeliebter Mann, der Werk-
schmied**Georg Remmers**im 40. Lebensjahre. Diefes zeigen
mit der Bitte um stille Theilnahme
allen Freunden und Bekannten tief-
betrübt an

Neubremen, 18. März 1895

Die trauernde Wittwe

Bertha Remmers geb. Klähn,
nebst Mutter.Die Beerdigung findet am Don-
nerstag, 21. März, Nachm. 3 Uhr
vom Trauerhause, Grenzstraße 83
aus statt.